

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-201
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung
Schiffplatz 2-3 Ute

Verleger: Vormüls-Verlag GmbH
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-201

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

sw

Die bevorstehende Ministerkonferenz.

Erklärungen Chamberlains.

Genf, 11. September. (WIB.) Nach einer Meldung des „Journal de Genève“ bestätigt sich die Nachricht über die an den deutschen Außenminister Dr. Stresemann gerichtete Einladung zur Teilnahme an der geplanten Ministerkonferenz. Das Blatt teilt mit, daß Briand gestern den Brief unterzeichnet hat und daß dieser Brief unverzüglich nach Berlin abgehen wird. Die vorgeschlagene Ministerkonferenz wird, so meldet das Blatt weiter, wahrscheinlich in der ersten Hälfte des Oktober in der Schweiz abgehalten werden. Die Teilnahme Italiens am Sicherheitspakt selbst gelte noch als problematisch, obwohl man glaube, daß die von der italienischen Regierung erwartete Antwort bejahend ausfallen werde. Das Blatt will weiter wissen, daß die Absicht bestehe, Benesch und Skrzynski zur Ministerkonferenz hinzuziehen. Dieser Umstand läßt vermuten, daß der deutsch-polnische und der deutsch-sowjetische Schiedsvertrag parallel und gleichzeitig mit dem Rheinpakt verhandelt werden soll. Offiziell werden jedoch Benesch und Skrzynski nur an den Beratungen über die Ostfragen teilnehmen.

Chamberlain über die bevorstehenden Verhandlungen.

Genf, 11. September. (WIB.) Chamberlain erklärte heute vormittag vor der Presse, daß er den von Briand entworfenen Brief gelesen habe und daß er mit seiner Fassung einverstanden sei. Die Einladung sei kein Vorschlag weder hinsichtlich des Ortes noch hinsichtlich des Zeitpunktes der Ministerbesprechung. Die Frage, ob der Brief bereits abgegangen sei, könne nur von Briand selbst beantwortet werden. Die Räumung Kölns werde sofort erfolgen, wenn die in der letzten Entschließungsnote der Alliierten aufgestellten Bedingungen von Deutschland erfüllt sein werden. England wünsche keineswegs irgendeine weitere Verlängerung der Besetzung. Chamberlain sieht keine Möglichkeit, wie die Rüstungsverhandlungen irgendwie auf den Gang der gegenwärtigen Tagung der Völkerbundversammlung einen Einfluß haben können. Die Nachricht der französischen Presse, wonach zwischen Frankreich und England eine Vereinbarung über die Definition des Angreifers erfolgt sei, wurde von Chamberlain dementiert.

Auf die Frage, ob er nach seiner für Mitte dieses Monats vorgesehenen Rückreise nach England zur gegenwärtigen Völkerbundversammlung zurückkehren werde, erklärte Chamberlain, er halte das für sehr unwahrscheinlich. Ueber die Haltung Italiens befragt, antwortete er, er sei nicht in der Lage, darüber Auskunft zu geben, über den Charakter der bevorstehenden Besprechungen ließ Chamberlain erkennen, daß er eine engere

Besprechung im engeren Kreise vorziehe. Auch die Möglichkeit der Teilnahme von Benesch und Skrzynski an den bevorstehenden Besprechungen ließ Chamberlain offen.

Ueber die Haltung der englischen Dominions befragt, antwortete er mit einem Hinweis auf die englische Verfassung und erklärte, daß die englische Regierung keinen Einfluß auf die Entscheidung der Dominions habe. Was schließlich die Haltung Englands gegenüber Deutschland angehe, so verwies der englische Außenminister auf die Reden, die der englische Premierminister Baldwin und er selbst in den letzten Monaten vor dem Parlament gehalten hätten.

Trotz der ausweichenden Antwort Chamberlains über die Abendung der Einladung an Deutschland scheint es festzustellen, daß der Brief Briands nach Berlin abgegangen ist. Der weitere Verlauf der Angelegenheit wird von der Antwort abhängen, die die Reichsregierung auf die an sie gerichtete Einladung erteilen wird.

Umso sonderbarer erscheint es, daß die Frage der bevorstehenden Ministerkonferenz von der Reichsregierung sehr dilatorisch behandelt wird. Mit Ausnahme von Herrn Gehler sind sämtliche Reichsminister von Berlin abwesend; Reichstanzler Dr. Luther weilt in Kampen auf Spitz, Außenminister Dr. Stresemann badet in Norderney, Ministerialdirektor Dr. Gaus, der als Vertreter Deutschlands an der Londoner Juristenkonferenz teilnahm, sieht sich genötigt, dorthin zu reisen, um den beiden maßgebenden Mitgliedern des Reichskabinetts Bericht zu erstatten. Zu einer Zeit, wo wichtige Entscheidungen getroffen werden müssen, wird von der Reichsregierung eine Beschäftigung gewählt, die das größte Befremden des In- und Auslandes hervorrufen muß.

Die Reichsregierung scheint die Absicht zu haben, dieses Tempo auch weiterhin beizubehalten. Wie die Telegraphen-Union meldet, steht der Zeitpunkt des großen Kabinettsrates in Berlin noch nicht fest. Er dürfte aber, wird tröstend hinzugefügt, in kürzester Frist angelegt werden, sobald die sachlichen Grundlagen gegeben sind. Uns dünkt, daß es an „sachlichen Grundlagen“ auch heute nicht mangelt. Es fehlt aber anscheinend bei Herrn Stresemann an der nötigen Rückenstärke, um den Kampf gegen die Saboteure der Deutschnationalen aufzunehmen und die Verhandlungen mit den Alliierten in einer Weise zu führen, die den richtig wahrgenommenen Interessen Deutschlands entspreche.

Rußland und die Internationale.

Die Pflicht der Arbeiterklasse.

Von R. Abramowitsch.

Das lebhafteste Interesse, das auf dem Kongreß in Marzelle von allen Seiten den sogenannten „Ostfragen“ entgegengebracht wurde, beweist, daß dieser Fragenkomplex, der im Wesen auf das Problem des Bolschewismus zurückgeht, noch immer zu den aktuellsten und brennendsten Fragen der internationalen proletarischen Taktik gehört.

In Marzelle hatte man zu untersuchen, welche Rolle der Bolschewismus neben anderen Faktoren bei der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges in Osteuropa oder im fernen Osten spielt. Es war nur zu begrüßen, daß die Mehrheit der Ostkommission, geführt von Otto Bauer, es sich nicht nehmen ließ, vor allem die Verantwortlichkeit des Kapitalismus und des Imperialismus der großen, wie mancher kleineren Nationen an der drohenden Kriegsgefahr festzustellen und zu brandmarken. Die großen Zusammenhänge zwischen der Kolonialpolitik des britischen Weltreichs und der Einkreisungspolitik gegen Sowjetrußland im Osten Europas wurden aufgedeckt; es wurde klar gezeigt, welche enge Verbindung zwischen der Kriegsgefahr in Osteuropa und dem aggressiven Nationalismus mancher neugeschaffenen Oststaaten (z. B. Polens und Rumäniens) besteht, deren herrschende Bourgeoisie, vor kurzem noch national unterdrückt, nun selbst zu einer Unterdrückung fremder nationaler Minderheiten geworden ist und gestützt auf gewalttätige Friedensverträge, das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen tritt. Nachdem so die Front des internationalen Proletariats im Kampfe gegen den Kapitalismus und den Weltimperialismus festgestellt und festgestellt wurde, daß die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt an der Seite der erwachenden Völker Asiens und Afrikas gegen die koloniale Ausbeutung und für das freie Selbstbestimmungsrecht aller unterdrückten Nationen zu kämpfen haben — konnte der Kongreß, ohne in leichten „Antibolschewismus“ zu verfallen, auch an die Feststellung des anderen Mitschuldigen an der drohenden Kriegsgefahr herangehen: des Bolschewismus. Die Abenteuerlust einer despotischen, durch keine demokratischen Institutionen gebundenen Regierung; das Phantombild eines repressiven Weltkrieges, den diese Regierung an der Spitze der unterdrückten Völker Asiens und Afrikas führen wird; die Illusion, daß dieser Krieg nicht die Vernichtung der europäischen Zivilisation und eine ungeheure Katastrophe für das Proletariat, sondern die endgültige Abschaffung des Kapitalismus und eine erfolgreiche sozialistische Weltrevolution mit sich bringen werde — alle diese Momente bestimmen die Politik der Sowjetregierung und ihres Hilfsorgans, der Kommunistischen Internationale, die in der gleichen Richtung arbeitet wie die Politik des Imperialismus.

Indem die Sowjetregierung die durch den Kapitalismus und den imperialistischen Nationalismus in Europa geschaffenen Konflikte geschickt ausnützt, organisiert sie Putche und Aufstände in den benachbarten Ländern, die ihr neue Stützpunkte schaffen sollen für den „letzten und entscheidenden Kampf“. So wird die Politik der Sowjetregierung und der Kommunistischen Internationale, wenn an sich auch sekundärer Natur und nur auf dem durch den Imperialismus geschaffenen Boden fußend, zu einer eminenten Gefahr für den Weltfrieden und dadurch auch für das internationale Proletariat.

Welche Mittel und Wege sieht nun der internationale Kongreß zur Vermeidung oder wenigstens zur Verminderung dieser Gefahr? „Die Sozialistische Arbeiterinternationale — heißt es in der Marzeller Resolution — ist sich dessen bewußt, daß die Kriegsgefahr wesentlich verringert würde, wenn die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Sowjetunion nicht in den Händen einer diktatorischen Gewalt, sondern in den Händen der Völker der Union selbst läge“. Das russische Volk wird deshalb von der Internationale aufgefordert, „die Herstellung voller politischer und gewerkschaftlicher Freiheit in der Sowjetunion anzustreben und sich jeder aggressiven und anexionistischen Politik ihrer eigenen Regierung sowie jeder Propaganda zu widersetzen, die auf gewaltsame Einnischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten hinausgeht“. Ihrerseits verpflichtet sich die Internationale, „mit größtem Nachdruck die Bestrebungen der sozialistischen Parteien der Sowjetföderation“ zu unterstützen, die darauf gerichtet sind, das Regime in Rußland zu demokratisieren und im Lande die politische Freiheit herzustellen.

Demokratie in Rußland, als eine der unentbehrlichsten Garantien des Weltfriedens — dies ist die Lösung der Internationale. So schließt sich lückenlos die Kette, die von den weltpolitischen Zusammenhängen im fernen Osten und in Nordafrika über das nationale Chaos in Osteuropa zu der terroristischen Diktatur in Rußland führt. Der Kampf der russischen Arbeiter gegen diese Diktatur, eine anscheinend rein inner-russische Angelegenheit, erweist sich somit als ein internationales Problem.

Der Marzeller Kongreß, der dieses Problem ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der Kriegsgefahr betrachtete, hatte keine Veranlassung, die Kette noch weiter zu verfolgen und den Zusammenhang festzustellen, der zwischen dem Terror in Rußland und dem Bruderkrieg innerhalb der europäischen Arbeiterbewegung besteht. Dieser Zusammenhang liegt jedoch auf der Hand.

Die Ideologie des bolschewistischen Terrorismus — soweit es sich um Ideologie und nicht einfach um Nachdünkel

Schwere Kämpfe in Marokko.

Tetuan von Abd el Krim bedroht. — Die Spanier in Bedrängnis.

Paris, 11. September. (Ill.) Von allen Fronten in Marokko werden schwere Kämpfe gemeldet. Auf einem 40 Kilometer breiten Frontabschnitt zwischen Terrenal und Ster gingen die Franzosen nach Stundenlanger Artillerievorbereitung zum Angriff über. Nach französischen Meldungen konnten die ersten Stellungen mühelos erstickt werden. Französische Flugzeuggeschwader griffen gestern vor allem die wichtigen Verkehrspunkte hinter der Front an und zerstörten große Proviant- und Wassenlager. Im Laufe des gestrigen Nachmittags setzte der Angriff auch auf anderen Frontteilen ein. Im ganzen sind 85 französische Bataillone in vorderster Linie eingesetzt, 14 befinden sich in Reserve. Nach Angaben der französischen Heeresleitung befinden sich gegenwärtig etwa 200000 Mann an der Marokkofront. Alle höheren Truppenstäbe sind dicht an die Front herangezogen worden, um in möglichst enger Verbindung mit den Angriffstruppen zu sein. Zuverlässige Schätzungen geben die militärischen Streitkräfte Abd el Krims mit 40000 Soldaten an. Das französische Oberkommando glaubt, daß durch diese großen Angriffe Abd el Krim gezwungen wird, seine Offensiv gegen Tetuan einzustellen.

Die Lage bei Tetuan wird von der spanischen Armeeführung für sehr ernst gehalten, besonders da Abd el Krim auch gestern an dieser Stelle große Vorteile errungen hat und teilweise im Besitz der strategisch sehr wichtigen Höhenzüge nördlich und östlich von Tetuan ist. Man glaubt, daß Abd el Krim auch weiter versuchen wird, Tetuan in seinen Besitz zu bekommen. Während des gestrigen Tages wurde die Stadt ununterbrochen von der Artillerie unter Feuer gehalten. Wie verlautet, ist der große französische Angriff auf die dringenden Bitten und Vorstellungen der Spanier unternommen worden, die der französischen Armeeführung mitgeteilt haben, daß sie die Stellungen bei Tetuan nicht halten könnten, wenn sie nicht sofort durch einen großen französischen Angriff an den anderen Fronten entlastet würden. Nach spanischen Meldungen hat sich Abd el Krim bereits in den Besitz der Höhen um Tetuan gesetzt und beherrscht dadurch völlig die Lage auf diesem Frontabschnitt. Die Spanier haben alle verfügbaren Flugzeuge bei Tetuan zusammengezogen, auch von der Front bei Melilla und Alhucemas sind größere Truppenmengen nach Tetuan gezogen worden. Die Erfolge Abd el Krims bei Tetuan sollen hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß die Spanier von hier ihre besten Kampftruppen weggezogen hatten, um sie bei Alhucemas zu verwenden. Die jungen spanischen Truppen, die jetzt bei Tetuan standen, seien nicht an den Marokkokrieg gewöhnt und verjagten völlig.

Nach einer amtlichen spanischen Erklärung ist die 5000 Mann starke Kolonne des Generals Perez nicht, wie ursprünglich behauptet, zur Verstärkung der auf Ajdir vorrückenden Kolonne bei

Alhucemas gelandet worden, sondern jetzt zur Verstärkung nach Tetuan geschickt worden. Der Vormarsch der 15000 Mann starken Kolonne auf Ajdir ist bereits gestern eingestellt worden, da der Vormarsch wegen Mangels an Nachschub, besonders wegen großer Verpflegungsschwierigkeiten zunächst undurchführbar erscheint. Auch mit Rücksicht auf die schwierige Lage bei Tetuan soll sich der an der Alhucemasfront kommandierende General Saro entschlossen haben, zunächst nicht weiter vorzurücken. Das ungünstige Wetter an der Küste von Alhucemas hat gestern angehalten, jedoch keine Verpflegung und keine Munition gelandet werden konnte. Die Hauptaufgabe des Angriffs bei Alhucemas und des Vormarschs auf Ajdir ist keineswegs erfüllt worden, denn Abd el Krim hat bisher zum Schutz seiner Hauptstadt keine Truppen von der Front bei Tetuan weggezogen. Die Operation hat damit für die bei Tetuan schwer bedrängten Spanier keine Erleichterung gebracht.

Die polnische Wirtschaftskrise.

Grabski für Verständigung mit Deutschland.

Warschau, 11. September. (Ill.) Ministerpräsident Grabski gab in der Budgetkommission des Sejm eine Erklärung über die Wirtschaftslage ab, in der er die Wirtschaftskrise hauptsächlich auf den Zollkrieg mit Deutschland zurückführt. Der Sturz des Jozef, so führte er aus, sei nicht zuletzt auf die wirtschaftlichen Differenzen mit Deutschland zurückzuführen. Beide Parteien hätten unter dem Zollkrieg gelitten, jedoch müsse zugegeben werden, daß Polen die größeren Verluste erlitten habe. Der Zollkrieg habe sehr stark und sehr schnell die polnische Wirtschaft ungünstig beeinflusst, während er in Deutschland nicht die Folgen wie in Polen hervorgerufen habe. In Deutschland wirke er sich nur langsam und schmerzloser aus. Es müsse daher der Weg zu einer Verständigung mit Deutschland gefunden werden. Die polnische Handelsvertretung, die sich am Montag zu neuen Verhandlungen nach Berlin begeben, habe den Wunsch, möglichst schnell mit Deutschland zu einem Vergleich zu kommen. Zum Schluß betonte der Ministerpräsident, daß neben dem Zollkrieg auch die Zustände im Lande einen großen Teil der Schuld an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise trügen.

Die glorreiche Sowjetsjustiz. Am 20. Oktober beginnt in Charkow ein auffallend interessanter Prozeß gegen 92 Richter und Beamte des Justizkommissariats wegen Verletzung und Amtsmißbrauchs. In einem Bezirk nahmen alle Gerichtsangehörigen Bestechungsgelder. Der Richter Atimoff besah ein ganzes Reg. von Agenten, die seine „Geschäfte“ vermittelten. Seinen Urteilspruch machte er von der Höhe des „Honorars“ abhängig. In einigen Gerichtsgebäuden wurden regelrechte Orgien gefeiert. Drei Richter wurden in den Wohnungen von Verbrechern verhaftet.

handelt — ist in der Lenin'schen Theorie verankert, nach der der in bewegten Zeiten unvermeidliche Ideenkampf innerhalb der Arbeiterklasse als eine besondere Abart des Klassenkampfes zu betrachten und mit den gleichen Mitteln zu führen ist, mit denen der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie geführt wird. Jener Flügel der Arbeiterbewegung, der nicht unter der Fahne des Kommunismus marschiert, wird als Klassenfeind betrachtet und dementsprechend behandelt. Alles, was im schärfsten Kampfe der Klassen gegeneinander an Terror, Gewalt, Kriegslust und Unterdrückung angewandt wird, ist nach Lenin auch im Kampfe gegen andersdenkende Klassengenossen zulässig. Das ist Lenins Theorie, das war Lenins Praxis innerhalb der russischen Sozialdemokratie, das ist und bleibt die wirkliche Psychologie der russischen Sowjetregierung und der kommunistischen Internationale. Für die innere Politik dieser Regierung ergibt sich daraus das unmenschliche Verfolgungs- und Ausrottungssystem gegenüber den sozialistischen Parteien in Russland, das von der Tscheka mit diabolischer Grausamkeit betrieben wird, und dem gegenwärtig etwa 90 000 Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, die in der Verbannung und in der Gefangenschaft schmachten, unterworfen sind. Für die Politik der kommunistischen Internationale, dieses ausführenden Organs der russischen Regierung, resultiert aus dieser Einstellung die Spaltungs- und Zerstörungspolitik der Jahre 1920 bis 1923. Diese beiden Erscheinungen — der Terror gegen die Sozialisten in Russland und das Zerstörungswerk in den westeuropäischen Arbeiterorganisationen — sind nur zwei verschiedene Seiten der gleichen Taktik; sie sind miteinander nicht nur psychologisch, sondern auch politisch verbunden und lassen sich von einander nicht trennen. Es wäre lächerlich, zu glauben, daß die Sowjetregierung, wenn sie in Russland das System der terroristischen Diktatur aufgeben und den sozialistischen Parteien im Lande die Bewegungsfreiheit wiedergeben würde, instande wäre, ihre „Turkistaner“ in Europa nach den alibewährten Spaltungsmethoden weiter schalten und walten zu lassen. Und umgekehrt: nur ganz Raube können glauben, daß die Männer, die in ihrem Lande sozialistische Arbeiter und Intellektuelle in den Kertern und Verbannungsorten verschmachten lassen, nur weil sie prinzipielle Gegner des Kommunismus sind, bereit und psychologisch fähig wären, wirklich ehrlich und aufrichtig die Politik der „Einheitsfront“ in Westeuropa zu betreiben.

Die Arbeiterbewegung in Europa wird so lange nicht zur Ruhe kommen und die verhängnisvolle innere Spaltung nicht überwinden, so lange es in Russland eine terroristische Sowjetregierung gibt, die die Sozialisten verfolgt und in den Gefängnissen hält. Die Demokratie in Russland ist nicht nur eine Garantie für den Weltfrieden, sondern auch die unentbehrliche Voraussetzung für die Gesundung und Erstarlung der proletarischen Bewegung in der ganzen Welt. Das russische Problem ist ein Problem der Internationale!

Die Resolution von Marseille bedeutet in dieser Beziehung einen großen Fortschritt gegenüber der Lage zur Zeit des Hamburger Kongresses. Damals war es die einflussreiche englische Partei, die sich diese Erkenntnis nicht zu eigen machen wollte und sich bei der Abstimmung über die „russische Resolution“ der Stimme enthielt. In Marseille jedoch hat die englische Delegation selbst den oben zitierten Passus vorgeschlagen, in dem das russische Volk aufgefordert wird, die politische Freiheit zu erstreben. Zusammen mit den österreichischen, deutschen und russischen Sozialdemokraten haben die Engländer in der Kommission schließlich die Annahme der erwähnten Resolution durchgesetzt!

Das Problem ist klar erfasst und gezeichnet: der Kampf gegen den Terror in Russland ist Sache der gesamten Internationale! Die Verwirklichung der Demokratie in Russland liegt im ureigensten Interesse des Proletariats der ganzen Welt! An den Arbeiterparteien der einzelnen Länder, insbesondere an der englischen Labour Party, liegt es nun, diese Erkenntnis in die Praxis umzusetzen.

Zentrum und Deutschnationale.

Eine Antwort an den Abg. v. Papen.

Der Zentrumsabgeordnete Adam Koeder rechnet in der „Germania“ mit dem „christlich-konservativen Gedanken“ ab, wie ihn der Außenleiter der Landtagsfraktion des Zentrums Abg. v. Papen ausspricht. Es sei ein starkes Stück, wenn ein Zentrumsmittglied sich in Verteidigerpose vor die Deutschnationale Partei stelle, während die Deutschnationalen das Zentrum und die Katholiken mit Boshaftigkeit und Hinterhältigkeit überschütteten. Diese Angriffe seien von einer Illoyalität, die selbst die der kommunistischen Presse überbreite. Koeder erinnert an das Verhalten der deutschnationalen Abg. Doehring und Everling, deren Bestreben es bekanntlich ist, den Kulturkampf neu zu entfesseln. Er erinnert weiter an die Scherl- und Stimmes-Presse und die Haltung der Rechten im Reichstag, die an wüster Bekämpfung und hemmungsloser Gegnerschaft alle Zentrumsgegner in den Schatten stelle.

Besonders nimmt sich Koeder das Christentum der Deutschnationalen vor. Ein großer Teil dessen, was an nihilistischen Ideen auf dem Gebiete der Sitte und Sittlichkeit auf dem öffentlichen Markt erschiene, komme von rechts. Gerade die Deutschnationalen stellen die führenden Persönlichkeiten auf dem Gebiete eines dem Christentum feindlichen Nihilismus des ethischen und positiven Religiösen. Zusammenfassend sagt Koeder:

Wenn Herr v. Papen mir meinen Mangel an Liebe der Rechten gegenüber zum Vorwurf macht, so muß ich diese „Beschuldigung“ ablehnen. Wenn die Herren im Reichstag und in der Presse an der Arbeit sieht, kann sie nicht lieben. Nur der wird sie lieben, der sich mit ihnen in der Grundeinstellung einig weiß. Und diese Grundeinstellung ist jener bequeme Konservatismus, der, die Tatsachen mißachtend, den Blick nach rückwärts richtet und die Ära des Reichsprinzips und der Barbarenschicht privilegierter Stände dem neuen Abschnitt geschichtlicher Entwicklung, der Demokratie, als politisches Ziel entgegenstellt. In dieser einzigen Willensrichtung sind alle die Spielarten, die unter dem Begriff der „Rechten“ geistesgeschichtlich zusammengefaßt werden, einig.

Damit führt Koeder die Absentismusversuche v. Papens wieder zu dem Thema zurück. Was Papen in seinen Ausführungen über die christlich-konservativen Ideale vordrachte, ist in der Tat nur der Versuch, der nackten Interessentenpolitik der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes eine schöne Fassade zu geben. Die Vertreter dieser beiden Wirtschaftsfaktoren haben bei der Behandlung der Zoll- und Steuerfragen im Zentrum den Sieg davongetragen und sie möchten diese ihre diktatorische Stellung nunmehr befestigen. Das sind die Tatsachen. Die Frage ist, ob sich die Masse der Zentrumswähler diesen Mißbrauch ihrer Stimmen gefallen lassen wird. Mit Christentum und dem „christlich-konservativen Gedanken“ hat das Ganze herzlich wenig zu tun und das Zentrum täte im eigenen Interesse besser daran, sich nicht auf das Niveau heuchlerischen Mißbrauchs religiöser Empfindungen zu begeben, das es jahrelang bei der Deutschnationalen Partei als verabscheuungswürdig bekämpft hat.

Der Ketter in Not.

Hamburger „Bürger“ an Hindenburg über „Schuldfrage“.

Die hiesigen Hindenburg-Wähler der letzten Reichspräsidentenwahl sind im Innersten erschüttert über die Tatsache, daß die Welt ihren alten Gang geht, trotzdem der „Ketter“ in der Wilhelmstraße unter schwarzrotgoldener Standarte weht. Die Rechtspresse hatte ihnen doch den Himmel auf Erden versprochen, wenn sie sich dazu verpflichten würden, den Marschall zum Reichspräsidenten zu wählen. Mit der Erfüllungspolitik wäre es Schluß, der Rheinpaß käme zum Altpapier, Deutschland wäre wieder „in der Welt voran“ und die Kriegsschuldfrage würde natürlich jeterlichst wider-

rufen und damit der Verfall der Vertrag. Die Franzosen würden unter dem Joch des „Kettens“ schmeißt aus dem Rheinland abziehen mit Sold und Pack, die Polen würden fluchtartig Ober- schlesien und den Korridor räumen — weil es der „Ketter“ will.

Nun ist aber rein gar nichts von den schönen Prophezeiungen eingetroffen! Lediglich die alten Uniformen wurden abgestaubt und Eliaß-Lothringen den Franzosen — garantiert und verbrieft für alle Zeit!

Kein Wunder, daß nun der „Hamburger Bürgerbund“ rebellisch wird und in einem Telegramm an den „Ketter“ mit großem Gepöller anfragt, warum denn eigentlich der „Widerstand“ des erprobten Schuldbeckennisses, den doch Dr. Marx vor einem Jahr angeündigt habe, noch nicht erfolgt sei. Es ist für ein Hamburger „Bürger“ gemäß unbegreiflich, daß der Marschall nicht schon längst die „Grundlage des Vertrags von Versailles“ zer- schlagen und durch diese einen wahren „Kettens“ würdige Tat einen „Sicherheitsvertrag“ febrilisiert hätte, wie ihn der deutsche Spießer sich malt: Die Franzosen abgerückt bis auf 15 000 Mann Gendarmerie, die Polen hinter die Weichsel und den Niemen ver- pflanzt, die Tschechen im Sudetengebiet von Prag interniert und Deutschland ausgerüstet auf 1 900 000 Mann! (Wohlgemerkt: Das sagt der „Bürgerbund“ in seiner Anfrage an den Ketter nicht, aber das denkt er sicher, weil er die Kräfteverhältnisse nicht er- kennen will.)

Präsident Hindenburg scheint jedoch auf diesem Ohr schlecht zu hören und der „Hamburger Bürgerbund“ wird ebensowenig eine Antwort bekommen wie die anderen deutschnationalen Stam- matische, die an Hindenburg telegraphieren unter zarter Anspielung auf seine „asferne Faust“. — Wen wählen wir also das nächste Mal?

Völkischer Jammer.

„Klagen“ der „vaterländisch gesinnten Bevölkerung“ über die ruppige Polizei.

Es ist merkwürdig. Gerade die Parteien, deren Ziel die rohe Gewalt und der Terror ist, die Kommunisten und die Völkischen pflegen in letzter Zeit die kläglichsten Jammer- laute auszustößen, wenn die Schupo einmal gezwungen ist, im Interesse der Staatsautorität Gebrauch von ihrem Gummirollen zu machen. So meidet der „Tag“ über eine Feier des Völkischen Wehrbundes“ in Gleiwitz folgendes erschüt- ternde Klagegedicht der vaterländisch gesinnten Bevölkerung:

„In diesen Tagen fand hier die Einweihungsfeier eines großen Selbstschutzbundes statt, zu der auch der völkische Wehrbund erschienen war. Unmittelbar nach Schluß der öffentlichen Feier nahmen einige Mitglieder dieses Wehrbundes vor dem Denkmal Ausstellung, um dort Kränze niederzulegen, wobei einer der Führer eine vaterländische Ansprache hielt. Während dieser Ansprache ist die berittene Schupo, ohne vorherige Warnung mit blanker Waffe in die Menge hineingeritten, so daß zum Teil gänzlich un- beteiligte Personen durch die Pferde gestoßen, niedergeworfen und zum Teil schwer verletzt wurden.“

Ja, es ist wirklich böse, wenn so etwas passiert, wenn völkische „Belange“ und „unbeteiligte Personen“ von den ungebildeten Vierbeinern auf die Füße getreten werden.

Ja selbst im ehemals so gelobten Land Bayern wird die völkische Bewegung mit dem Polizeiknüppel niedergehalten, so daß sich sogar Held Ludendorff in seiner Begrüßungsrede an den „Lammenberg-Bund“ bitter über die „Unfreiheit“ jüdisch der Donau und westlich des Rheins“ beklagt. Sogar die bayerische Polizei hat es gewagt, den Ludendorff-Kummel an der Befreiungshalle bei Regheim etwas zu dämpfen, selbst die Fahnen der völkischen Kampfbünde durften beim Marsch durch Regheim nicht entrollt werden. Deswegen ach und weh!

Nur, das dieses Wehklagen und diese Enttäuschung immer dann nicht eintritt, wenn sich die Schupopferde nach der andern Seite wenden, wenn sozialistische Arbeiter oder, wie besonders in Bayern, Reichsbannerleute mit Gummirollen behandelt werden! Dann halten Jugenbergs wie Ludendorff das für ganz richtig!

Der Blumenstock.

Von Felix Fehnbach.

Endlich hat er es durchgesetzt. Er bekommt einen Blumenstock in seine einsame Zelle. Ein großes Ereignis für einen Zuchthausange- langenen, der dazu verurteilt ist, sein ganzes Leben hinter Gittern zu verbringen.

Aber trotz liebevollster Pflege will die zarte Pflanze nicht ge- deihen. Sie braucht mehr Licht und Luft, als durch das kleine Fenst- fenster eindringen kann.

Man sollte den Blumentopf ans Fenster hinausstellen. Aber das ist verboten.

Gleichviel, der Gefangene tut's. Und die Blätter bekommen wieder frische Farbe, die Blüten entfalten sich. Der Gefangene ver- folgt jede Lebensäußerung seines grünen Zellengenossen mit freu- digem Interesse; jedes neu sprühende Blättchen, jede werdende Knospe wird ihm zum Erlebnis.

Da kommt eines Tages Zellenbesuch. Der Regierungsrat macht den almonatischen Rundgang bei den Einzelhäftlingen.

Rafal den Blumentopf vom Fenster herunter, damit's keine Hausstrafe legt. In der Erregung darüber, er könnte bei seinem (schweren „Verbrechen“ erwischt werden, läßt der Gefangene den Blumentopf fallen. Der Topf zerbricht. Scherben und Erde liegen weit zerstreut auf dem Fußboden.

In diesem Augenblick kommt der Regierungsrat zur Zellenür herein.

„Haben Sie etwas vorzubringen?“

„Ich bitte den Herrn Regierungsrat um einen neuen Blumen- stock. Mir ist meiner heruntergefallen und zerbrochen!“

„Was tun Sie denn mit einem Blumenstock?“ fragt der Beamte verständiglos.

„Ich will halt was Grünes in der Zelle haben!“

„Was Grünes? Schauen's halt die Wand an, die ist auch grün!“

Der Gefangene beißt die Zähne aufeinander und ballt in ohn- mächtiger Wut die Hände. Es ist ein wahres Wunder, daß er dem Beamten nicht an die Kehle springt.

Die beiden stehen sich ein paar Sekunden schweigend gegenüber. Dann preßt der Gefangene in übermenschlicher Selbstbeherrschung heraus:

„Die Wand ist tot. Ich will lebendiges Grün. Erlauben Sie mir, daß ich einen neuen Blumenstock bekomme!“

Gleich und demütig hat er das gesagt, und der Beamte ließ sich dann großmütig herbei, zu bewilligen, was erbeten war.

Ob er wohl begriffen hat, daß er mit seinen herzlosen Reden eine Menschenseele blutig gequält hat?

Bemalte Berge.

Die großartige nordafrikanische Felskunst, die in farbigen Um- risszeichnungen Tiere der Steinzeit bis auf unsere Tage bewahrt hat, ist hauptsächlich von der deutschen, von Leo Frobenius geleiteten Expedition erforscht und aufgenommen worden. Diese Zeugnisse für die ferne Urgeschichte Nordafrikas wurden in einem kostbaren farbigen Bilderwerk unter dem Titel „Hadschra Kattuba“ gesammelt. Die bunten Zeichnungen an den Felsen Nordafrikas, die diese als „bemalte Berge“ erscheinen lassen, erinnern in ihrer strengen Monumentalität an die Kunst Ägyptens und an die ersten Werke menschlicher Kultur in Europa, die uns vom Ende des Eis- zeitalters erhalten sind. Die Zeichnungen mögen an Stellen beson- ders erfolgreicher Jagd zur Verhöhnung der Dämonen der erlegten Tiere entworfen worden sein; jedenfalls hängen sie eng mit dem reli- giösen Gefühl zusammen. Prof. R. Hausdörfer nennt sie in einem Aufsatz von „Neclams Universum“ seltsame Zeugen für ein All- Einsgefühl mit der belebten Natur und für ein Verwandtschafts- gefühl mit den Geistern der gejagten und erlegten Tiere, die es zu verhöhnen galt, ein Gefühl, das jene frühen Träger menschlicher Bildkunst besaß und sie damit hoch hinaus über den „Anfang“ — wie wir ihn uns auch immer vorstellen wollen.

Bei der Datierung dieser nordafrikanischen Steinbildkunst ist besonders wichtig der Kibbisi, der in den älteren beiden Gruppen dieser Zeichnungen vorkommt. Es ist ein Wildtier, der in Jagd- und Wirtschaftsleben der Künstler eine große Rolle gespielt haben muß; drei Meter lang, mit einem drei Meter ausladenden Gehörn. Er gehört zweifellos zu einer diabolen Art und sieht an der Schwelle der geologischen Neuzeit. Das wichtige Tier ist in den Bildern dem Elefanten vergesellschaftet, der bereits im jüngeren Quartär in Nordafrika auftaucht und sich bis in geschicht- liche Zeit dort hält. Nashorn und Giraffe sind vereinzelt, das Kamel überhaupt nicht in den älteren Steinbildern zu finden. Die jüngeren Bildwerke sind durch das Auftreten der großen Katzen (Lions, Löwen, Leoparden, Panther, charakterisiert. So schlagen diese Steinzeitjäger auch für Nordafrika Zeitbrüder, wo die For- schung früher ratlos stand. Wohl war schon damals das Tier- paradies, aus dem die Mehrzahl der Typen stammt, in einer ge- wissen Verarmung begriffen. Diese Verarmung und Ausrottung ist dann immer weiter vorgeschritten bis zu der heutigen Ruinen- landschaft, deren Unwirtlichkeit und Trockenheit zu den Mü- helen und Entbehrungen der deutschen Expedition viel bei- getragen hat.

Das moderne „Bierfah“. Auch das Bierfah scheint seine Mode zu bekommen. Auf der Ausstellung für chemisches Apparatewesen in Nürnberg, ist das neue Bierfah zu schauen. Kein Holz gibt es mehr, keinen Eisenbeschlag. Das Material des Bierfahs des Jahres 1925 ist der nichtrostende Stahl V. A., der die Eigenschaften des Goldes und des Platins hat. Auch der Papen ist abgeschafft, der Schankfisch wird Rotwendigkeit. Aber es gibt keinen Verlust mehr beim Ausschneiden. Die Brauereien können die Umlaufzahl der Fässer verringern und auch das Reinigen ist leichter und gründlicher möglich. Noch sieht man sie nicht häufig, diese neuen, hellblitzenden Bierfaher, aber — sie werden wohl kommen.

Quer durch den Niagara. Quer durch den Niagarafluß, und zwar direkt unter den Wasserfällen ist ein amerikanischer Reiser- schwimmer William Hill geschwommen. Er vollbrachte diese Leistung, die sich in der stärksten Strömung auf mehr als 800 Meter erstreckte, in 11 Minuten. Er begann mit dem „Oberarmfluß“, ging dann in der Mitte des Flusses, wo mit einer riesigen Unterströmung zu kämpfen ist, zum „Brustfluß“ über und wechselte die Schwimmarit wieder in der Nähe der kanadischen Küste. Nachher wurde festgestellt, daß Hill, der 40 Jahre alt ist und schon seit seinem zwölften Jahre im Niagara schwimmt, den Fluß an dieser kritischen Stelle bereits einige Tage vorher am Mittelnacht durchgeschwommen hatte, um sich mit allen Strömungen vertraut zu machen. Ungeheure Menschen- massen beobachteten zu beiden Seiten des Flusses die kühne Tat und jubelten ihm zu.

Der heißste Stern. Der Direktor des Harvard-Observatoriums, H. Shapley, hat kürzlich den absolut heißsten Stern entdeckt, der bisher überhaupt gefunden worden ist. Es ist S. Doradus, ein Stern aus den sogenannten Kapellen, einer Anhäufung von roten und Sternhaufen in der südlichen Polarregion des Himmels. Nach Shapley sind sie etwa 100 000 Lichtjahre von uns entfernt. Die absolute Helligkeit des S. Doradus ist nach Berechnungen und Messungen 14 Größenklassen größer als die der Sonne. Der Durch- messer des Sterns ist größer als der der Erdbahn. Ein leuchtender Körper verliert nun, wie bekannt, durch seine Strahlung dauernd an Masse. Da die Gesamtbestrahlung des S. Doradus so groß ist wie die von rund 600 000 Sternen von Sonnenhelligkeit, so verliert er durch die Strahlung etwa 20 Trillionen Tonnen im Jahr.

Staatschauspiel. In der Spielzeit 1925/26 werden folgende Werke zum erstenmal zur Aufführung kommen: „Fenster“ von Galsworthy; „Grizelda“ von Gerhart Hauptmann; „Andacht zum Kreuz“ von Calderon, in der Nachdichtung von Otto Joff; „Bajantafena“ nach König Sudrasa von Lion Feuchtwanger; „Die Troerinnen des Euripides“ von Franz Werfel; „Kämpfer“ von Max Reger; „Tobias Buntschuh“ von Carl Hauptmann; „Das Salzburger Große Welttheater“ von Hoffmannsthal; „Follungerjagd“ von Strindberg; „Major Barbara“ von Shaw; „Politik“ von Wagner; „Rons (Uraufführung); „Bürger und Junfer“ von Schleich, bearbeitet von E. L. Stahl (Uraufführung); „Tod und Leben“ von E. von Bollermann-Jordan, Musik von Erich Anders; „Der gestiefelte Kater“ von Ibsen. — An Neuenstudien- rungen sind vorgesehen: Goethes „Egmont“; „Erbförster“ von Otto Ludwig; „Wallenstein“ (beide Teile) und „Jung- frau von Orleans“ von Schiller; Richard III., „Ber- larene Liebesmäh“ und „Tief Lärm um Nichts“ von Shakespeare; „Kathen der Welt“ von Lessing; „Pen- theilea“ von Kleist. — Außerdem sind Werke von Ungenauer, Götz, Keltrog, Schmidtborn, Schnitzler und Redelind in Aussicht genommen.

Gaßhof Hartung in Berlin. Zwischen Direktor Soltenburg und dem Intendanten Gasshof Hartung ist ein Abkommen getroffen worden, wonach Hartung für diese Spielzeit in den Verband der Soltenburg-Bühnen tritt und im Laufe der Winterpielzeit mehrere Stücke inszenieren wird.

